

Bergretter: Die Geldfrage bleibt

Der Rechnungshof kritisiert die Darstellung der Finanzlage. Jetzt muss Haslauer entscheiden.

HEIDI HUBER

SALZBURG. 73 Cent pro Einwohner gehen jährlich an die Bergrettung. In Summe waren das zuletzt 390.000 Euro vom Land. Anfang des Jahres ist die Bergrettung an den Landeshauptmann herangetreten mit der Bitte um eine höhere Subvention. LH Wilfried Haslauer (ÖVP) ließ die Einnahmen und Ausgaben der Bergrettung vom Landesrechnungshof prüfen. Dieser Bericht liegt jetzt vor.

Die Prüfer kritisieren einiges. Zum einen habe die Bergrettung Einnahmen von über einer Million Euro pro Jahr und müsste daher laut Vereinsgesetz eine Bilanz legen. Zum anderen kritisieren die Prüfer, dass die Angaben nicht vollständig seien. Beispielsweise vermiete die Bergrettung zwei Wohnungen in der Stadt Salzburg, die man nach dem Verkauf eines Grundstücks durch eine Erbschaft 2013 erworben hat.

Die Ausgaben für Personal haben sich laut RH-Bericht von 2010 auf 2015 um 86 Prozent erhöht. Die Anzahl der Einsätze sei seit 2010 von 847 auf 471 gesunken. Deutlich zugenommen hätten die Einsatzstunden. Die durchschnittliche Einsatzdauer betrug vor sechs Jahren noch knapp zehn Stunden, heute sind es bereits fast 18 Stunden. Unverständlich sei es aber, „dass die Bergrettung für das Begehren einer höheren Förderung dem Landeshauptmann nur einen Teil des gesamten Rechenwerks des Vereins vorlege“. Die liquiden Mittel der Landesleitung würden zwar weniger, nicht aber bei den Ortsstellen. Dort sei das Guthaben auf 1,85 Millionen Euro angewachsen.

Dass die Einsatzzahlen rückläufig sind, weist die Bergrettung zurück. Stattdessen habe man klassische Pisteneinsätze aus der Statistik gestrichen. Die Einsätze seien deutlich komplexer geworden. Man rette Eiskletterer, Para-



In den vergangenen sechs Jahren haben Salzburgs Bergretter 471 Personen geborgen. Sehr oft sind es Touristen.

BILD: SP

gleiter oder beim Canyoning Verunfallte. 50 Prozent der geborgenen Personen seien Touristen.

Landesleiter Balthasar Laireiter sagt, die Bergrettung erfülle einen öffentlichen Auftrag, der von den Gemeinden zu erfüllen wäre. Insofern sei es legitim, dass man Forderungen an die öffentliche Hand stelle. Dass man den 43 Ortsstellen eine gewisse finanzielle Autonomie lasse, sei unver-

zichtbar. Diese würde selbst auf die Beine stellen die Ortsstellen diese die Landesleitung ablie diese Eigeninitiative ges

Aus dem Büro von LH heißt es, es seien einige rungsvorschläge im Be Rechnungshofs, über di den müsse. Ob es ein Subvention gebe, werde einem Termin bespreche

Pinzgauer Senioren gehen online

Neue Internetseite bündelt alle Angebote für ältere Menschen im Bezirk.

ANTON KAINDL

ZELL AM SEE. Im Pinzgau gibt es rund 200 Institutionen, Vereine und Beratungsdienste, die Angebote für Senioren haben. Aber sie zu finden, ist nicht einfach.

Deshalb haben sich alle 28 Pinzgauer Gemeinden zusammengetan und im Rahmen eines LEADER-Projektes eine eigene Internetseite für die Senioren im Bezirk und ihre Angehörigen erstellen lassen. Sie heißt www.seniorenplattform-pinzgau.at und ist seit Donnerstag in Betrieb. Auf

der Seite finden sich Informationen über alle Seniorenheime im Bezirk, Förderungen und Ermäßigungen, Ansprechpartner in den Gemeinden und den Seniorenheimen, alle Pflegeangebote, aktuelle Artikel, die Seniorenthemen aufgreifen, aber auch Tipps für Ausflüge, Veranstaltungen, Kurse und Reisen, Angebote im öffentlichen Verkehr sowie Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Arbeit und vieles mehr. Die Seite wurde von der Firma pinzweb seniorenfreundlich gestaltet. So kann zum Beispiel die Schriftgrö-

ße mit einem Klick verändert werden.

Die Stuhlfeldener Bürgermeisterin Sonja Ottenbacher, die als Psychotherapeutin bestens mit dem Thema Pflege vertraut ist, spricht von einem Meilenstein und einem Vorzeigeprojekt. Die Homepage werde hoffentlich dazu beitragen, dass pflegende Angehörige schneller Hilfe annehmen und dass Senioren, denen es noch gut genug geht, sich selbst informieren, in der Gesellschaft aktiv bleiben und länger zu Hause leben können.

Verkehrslösung für Gnigler in

SALZBURG-STADT. Einer der Grazer Bundesräte in Salzburg-Gnigler wird der Bau des Bildungszentrums durch einen Einspruch gegen, sollte die Stadt an der dortigen Verkehrsanordnung ändern. Laut Pinzgauer Stadtrat Johann Padu zeichnet sich nun ein neues Bild ab: Nach Gesprächen mit den Bürgermeister und den Gemeindevorstehern sei ein gemeinsamer Prozess in Sicht. Am Freitag, soll es dazu einen Gesprächstermin zwischen den Bürgermeister und den Gemeindevorstehern geben.